

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918
3 (1889)**

22 (20.2.1889)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 M. 50 Pf.
für 2 Monate
für 1 Monat
expl. Postbestellgeld.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Zeile 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Expedition: Vant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Zu viel des Guten.

Die winzigen Aenderungen, welche die Reichstagskommission für die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter bei einigen Paragraphen des Gesetzesentwurfes zu Gunsten der Versicherten beschlossen hat, haben der kapitalistischen Presse Veranlassung gegeben, der nationalen „arbeiterfreundlichen“ Mehrheit im Reichstoge eine Epistel zu lesen.

Es heißt da: „Der Eifer für das Wohl der Arbeiter, welcher in den Kreisen der jetzigen nationalen Reichstagsmehrheit lebendig ist, hat sich in der Reichstagskommission für die Alters- und Invalidenversicherung einen besonders ausgedehnten Spielraum geschaffen. Allein zu § 7 der Vorlage sind nicht weniger als vierzehn verschiedene Anträge gestellt worden, welche sich alle in der Richtung bewegen, die Leistung der Versicherung zu erhöhen theils durch Verabreicherung der für den Beginn der Altersrente in Aussicht genommenen Altersgrenze, theils durch Gewährung einer Invalidenrente bereits bei dem Eintritt zur theilweisen, sogenannten Halb-Invaldität. Der humane, arbeiterfreundliche Gedanke, welcher in all diesen legislativischen Initiativvorgehungen hervortritt, ist unstreitig höchster Anerkennung werth, und doch muß man sich billig fragen, ob hier nicht des Guten zu viel gethan wird, ob nicht die rücksichtslose Verfolgung dieser Tendenz mehr Schaden als Nutzen stiften werde, in Erwägung nämlich, daß mit Sanktionirung des Inhalts solcher Anträge eine einwirkende gar nicht zu übersehende Steigerung der Belastung des gesammten wirtschaftlichen Organismus Hand in Hand gehen müßte. So wird man nicht verkennen dürfen, daß bei irrationaler Dotirung des alters- und invalditätsversicherten Arbeiters die Lohndruck, sich mittelst Simulation vorzeitig in den Genuss erhöhter Rentenbezüge zu setzen, entsprechend anwachsend wird, eine Eventualität, die um so schwerer ins Gewicht fällt im Hinblick auf den schon bei den Kranken- und Unfallversicherung so bedenklich hervorgetretenen Umfang dieses Uebels. Da durch vorzeitige Einstellung der Arbeitstätigkeit zahlreicher Individuen die nationale Erzeugung beeinträchtigt werden muß, so entstände hiermit ein weiterer, nicht gering zu veranschlagender Nachtheil für unsere Volkswirtschaft, aus welchem sich namentlich hinsichtlich der Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte verhängnißvolle Konsequenzen ergeben würden. Zwar könnte gegen die vorstehend skizzirten Befürchtungen die Bestimmung eingewendet werden, nach welcher der größere Theil der Last von den Arbeitern und den Arbeitgebern gemeinschaftlich zu gleichen Theilen getragen werden soll; wer aber bürgt dafür, daß nicht, wie es unseres Erachtens im Laufe der Zeit unfehlbar geschehen muß, der Beitrag des Arbeiters von diesem ab- und auf die Schultern des Arbeitgebers gewälzt wird? Denn in der Anschauung unserer Arbeiterklasse fällt unter den Begriff des „Arbeitslohnes“ nur das bare Entgelt, welches dem Arbeiter für seine Arbeitsleistung ausbezahlt wird; die für Kranken- und Unfall-, sowie späterhin für Alters- und Invalidenversicherung zu machenden Abzüge werden von den Arbeitern stillschweigend ignoriert und hindern ihn nicht einen Augenblick in dem Bestreben, durch Steigerung seiner Forderungen den Arbeitslohn wieder auf den vermeintlichen alten Stand, wo nicht noch darüber hinaus zu bringen. Wie wenig der Arbeiter solche Abzüge und die damit erworbenen Rechte schätzt, geht aus dem Umstande hervor, daß in den mit guten Pensionen, Wittwen- und Waisentafeln ausgestatteten Werken täglich Arbeiter, die jahrelang ihre Beiträge gezahlt haben, ganz geringfügiger Veranlassungen wegen ausreteten und ihre Beiträge und Rechte leichtem Herzens aufgeben. Gewiß ist vom volkswirtschaftlichen Standpunkte nichts gegen die fortgesetzte Vergrößerung des Antbeiles der Arbeiter an dem Ergebniß des produktiven Zusammenwirkens von Kapital und Arbeit zu sagen — so lange sie nämlich nicht zur Ungerechtigkeit, zur Ueberbürdung und damit zum wirtschaftlichen Ruin der Arbeitgeber führt. Man soll nicht die Henne schlachten, welche die goldenen Eier legt, und soll nicht, aus überströmendem Eifer für das Wohl der Arbeiter, der deutschen Industrie Leistungen auspaufen, unter welchen ihre Konkurrenzfähigkeit erliegen müßte. Die fremdliche Mitwirkung der Arbeitgeber zu der Verwirklichung des sozialen Reformgedankens innerhalb gesunder praktischer Grenzen hat es wohl verdient, daß man ihren wohlwolleneren Rathschlägen dasjenige Maß von Achtung und Beachtung zollt, auf welches sie kraft ihrer hervorragenden und einflußreichen Stellung im wirtschaftlichen Leben des deut-

lichen Volkes gegründeten Anspruch haben. Was sie nun hinsichtlich der gesetzgeberischen Verabsicherung der Alters- und Invalidenversicherung wünschen, ist das Festhalten an behutsamen Normen, ist die Vermeidung des Sprunges ins Dunkle, der hinter der Einführung solcher vager Begriffe als: „theilweise“, „Halbinvaldität“ in das Gesetz lauert, Begriffe, die zur Simulation geradezu anstacheln würden. Das Werk der sozialen Reform wird mit Recht von allen Patrioten, nicht zum Wenigsten von den Industriellen, als ein theures Vermächtniß Kaiser Wilhelms I. betrachtet, dessen pietätvolle Erfüllung eine Ehrenpflicht der Nation bildet. Aber der Eifer für das Wohl der Arbeiter soll nicht in Ungerechtigkeit und Härte gegen die Arbeitgeber ausarten, noch die Worte der Thronrede vergessen machen, nach denen man sich nicht der Hoffnung hingeben darf, durch gesetzgeberische Maßnahmen die Noth der Zeit und das menschliche Elend gänzlich aus der Welt zu schaffen.“

So die Epistel. Offen gesagt haben wir von einem Eifer, für das Wohl der Arbeiter einzutreten, bei der Kartellmehrheit des Reichstags noch nicht das Geringste verspürt. Wenn man nach den mehr als genügenden Beweisen dafür, daß nur eine verschwindend kleine Zahl von Arbeitern das 70. Lebensjahr erreicht, die Altersgrenze auf 65 Jahre herabsetzt, so ist darin doch wahrhaftig kein besonderes Wohlwollen für die Arbeiter zu entdecken. „Zu viel des Guten“ soll das sein und zur Simulation soll es die Arbeiter verleiten, wenn man ihnen im Alter von 65 Jahren 20 oder 30 Pennige pro Tag zubilligt. Die nationale Erzeugung soll zum Nachtheil für die Volkswirtschaft beeinträchtigt werden, indem die Arbeiter sich früher in den Genuss der Rente setzen und durch vorzeitige Einstellung der Arbeitstätigkeit die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie in Frage stellen. Wer läßt da! Das Verlangen der Arbeiter, sich in „Genuss“ der Rente zu setzen, dürfte denn doch wohl ein recht bescheidenes sein. Und nun gar die „Beeinträchtigung der nationalen Erzeugung“ durch vorzeitige Einstellung der Arbeit seitens der altersschwachen 60jährigen Greise. Hat denn der Schlampeyer von Zeitungsschreibern nicht an die „Beeinträchtigung der nationalen Erzeugung“ gedacht, welche veranlaßt wird durch die infolge unserer herrlichen wirtschaftlichen Ordnung auf der Landstrasse herumirrenden arbeitslosen „Bagabunden“, durch die in die Katernen zu Tausenden festgebundene Blüthe des Volkes, welche statt mit produktiver Arbeit mit Paradeärmuth und Flintenputz beschäftigt wird? — Hat er auch nicht daran gedacht, daß unsere kapitalistischen Unternehmer dieser alten, ausgepreßten Arbeitskräfte gar nicht bedürfen und daß sie dieselben auch am liebsten gar nicht beschäftigen, wie in diesem Punkte ja auch die Staatsverwaltungen mit gutem Beispiele vorangehen, indem sie Arbeiter über 40 Jahre nicht mehr in Arbeit nehmen? — Und da soll durch eine Rente von 20 bis 30 Pfg. eine frühzeitigere Einstellung der Arbeitstätigkeit der alten Reichrentner und eine Schädigung der Volkswirtschaft zu befürchten sein! —

Doch weiter: Wie sind die armen Unternehmer zu bedauern, welche sich von den Arbeitern die Beiträge für die „Sozialreform“ müssen aufhalten lassen. Bisher glaubten wir immer, das Umgekehrte wäre der Fall. Die Ungerechtigkeit der Ueberbürdung der Arbeitgeber, welche durch die übererfüllte Sorge der Kartellbrüdermajorität für das Wohl der Arbeiter zum wirtschaftlichen Ruin getrieben werden, ist grenzenlos! Bisher waren wir auch der Ansicht, daß die Arbeit die Henne sei, welche die goldenen Eier legt. Jetzt erfahren wir, daß es der kapitalistische Unternehmer oder dessen Geldsack ist. Nur schade, daß wenn die Herrn Unternehmer ihre Geldsäcke wohlverwahrt — bei Seite stellen, nach Jahr und Tag auch kein Deut von Nutzen derselben sich bemerkbar machen wird, daß von den „goldenen Eiern“ der Henne nichts zu spüren sein dürfte. Es bedarf erst der Befruchtung durch die Arbeit, um die goldenen Eier hervorzuzaubern. Die Arbeiter mögen aus diesem Herzenserguß entnehmen, wie es mit der Arbeiterfreundlichkeit jener Herrn bestellt ist.

Politische Rundschau.

Vant, 16. Februar 1889.

Berlin. Wie die „Frei. Ztg.“ berichtet, hat Prof. Geffken am Tage nach der Besprechungsdebatte im Reichstoge eine Klage gegen den Reichsanwalt „wegen Verletzung des Briefgeheimnisses und unbefugten Nachbruchs seines geistigen Eigenthums“ anhängig gemacht. Dasselbe Blatt theilt sodann mit: „Geffken hat ein Werk: „Bismarck und das Reichsgericht“ unter der Feder, welches in einer Züricher Verlagsbuchhandlung baldigst erscheinen soll.“

— Der Rücktritt des Justizministers Dr. Friedberg erfolgte, wie der „Weißh. Merkur“ berichtet, auf ein Schreiben des Fürsten Bismarck, welcher um Einreichung des Entlassungsgesuches ersucht hatte.

— Das Weißbuch über Samoa. Das dem Reichstoge am Freitag Abend zugegangene Weißbuch über Samoa läßt das unglückliche Gescheh von 18. Dezember in wesentlich anderem Lichte als bisher erscheinen. Der briefliche Bericht des deutschen Konsuls Dr. Knappe d. d. Apia, den 4. Januar, besand, daß von einem „Ueberfall“, wie das erste Telegramm des Konsuls gemeldet hatte, oder von einem „unprovocirten Angriff“ oder „verderblichen Ueberfall“ der Samoaner, wie der Kanzler vom 13. Januar der englischen und amerikanischen Regierung mittheilte, nicht die Rede sein kann. Der Deutsche Konsul hatte vielmehr zum 18. Dezember die Mannschaften des deutschen Geschwaders requirirt, um „energische Maßregeln“ zu ergreifen, Mataafa mit Gewalt zur Entlassung zu nöthigen und zur Entlassung seiner Leute. Nach vollzogener Entlassung derselben sollte dann der deutschfreundliche Häuptling Tamafese zur gleichen Maßnahme veranlaßt werden. Um zu verhindern, daß ein Theil der Leute Mataafas nach Apia entkomme, wurden 140 Mann vom deutschen Geschwader zur deutschen Pflanzung Lailele dirigirt. Bei dieser Landung wurden die Marinemannschaften von den Leuten Mataafas unter Führung des amerikanischen Zeitungsdreporters Klein angegriffen und auf dem Wege zur Pflanzung erfolgten die bekannten Verluste. Am 12. November war der neue deutsche Konsul Dr. Knappe in Apia eingetroffen, am 21. November das deutsche Kanonenboot „Eber“ und am 14. Dezember die „Olga“. Der englische und der amerikanische Konsul sagten, daß die Mannschaften der „Olga“, auf Urlaub zu hundertern gelandet am 16. Dezember große Exzesse in Apia begangen hätten. Der deutsche Konsul erklärte dagegen, daß ein Amerikaner einen Streit mit den deutschen Matrosen vom Zaune gebrochen und demnach einen Angriff auf dieselben „durch die in Apia ansässigen Rebellen“ veranlaßt habe. Diese Vorvermuthung und die sich häufenden Diebstähle und Eigenthumsverletzungen auf deutschen Pflanzungen haben den Konsul veranlaßt, „nachdem drei deutsche Kriegsschiffe zur Verfügung standen, zu energischen Maßregeln zu schreiten.“ Die Uebergriffe der Leute von Mataafa seien die Folge davon gewesen, daß es mit der Macht des deutschfreundlichen Tamafese zu Ende ging, nachdem Mataafa von amerikanischen Handelsleuten neue Munition erhalten hatte. Ferner meldet der deutsche Geschwaderkommandant unter dem 23. Januar d. d. Apia, daß der englische und amerikanische Konsul dagegen protestirt haben, daß nach der deutschen Proklamation ihre Angehörigen unter Kriegsrecht fallen. Eine Note des Fürsten Bismarck vom 5. Februar an die deutsche Admiralität erkennt diesen Protest als gerechtfertigt an. Nur soweit Ausländer den Banden Mataafas beistehen, sollen sie „in den Wirkungsbereich der Aktion gegen diese herrenlose Friedensbrecher.“ Deutschland sei berechtigt, die Auslieferung der schuldigen Samoaner und das Auffuchen und Bestrafen derselben „durch unsere von ihnen angegriffene bewaffnete Macht zu verlangen, so weit und sobald man ihrer habhaft werden kann.“ Eine Anfrage des Konsuls vom 28. Dezember wegen Annetirung von Samoa hat der Kanzler dahin beantwortet, „daß die Annetirung wegen Abmachung mit England und Amerika selbstverständlich ausgeschlossen ist.“ Im Uebrigen enthält das Weißbuch in seinen 44 Aktenstücken auf 74 Seiten Berichte über die Vorgänge auf Samoa in den Jahren 1887 und 1888 vor den letzten Ereignissen.

— Schätzerne Empfehlung national-liberaler Ministerkandidaten. Eine Berliner Korrespondenz des „Hannoverschen Courier“ bemerkt sich, „der Verlegenheit abzuwehren, die geeignete Persönlichkeit für die Stelle des Herrn von Schelling“ im Reichsjustizamt zu finden. Das nationalliberale Blatt verlangt, daß namentlich in Bezug auf das neue bürgerliche Gesetzbuch in das Reichsjustizamt eintrete „der Geist der Wissenschaftlichkeit, nicht der Kultus unpraktischer Theorien, sondern derjenigen Wissenschaftlichkeit, die für das Leben und seine praktischen Bedürfnisse den offenen Blick hat, die „angewandte Wissenschaft“. „Es wird auf Männer wie Prof. Meyer-Zena oder wie Enneccerus hingewiesen, welche wohl im Stande sein würden, die Aufgaben des Reichsjustizamtes in einem Geiste zu lösen, wie er den Anforderungen unserer Zeit und unserer großen Volksgemeinschaft entspricht. Derartige Persönlichkeiten würden dem Reichsjustizamt auf dem Gebiete der deutschen Rechtsentwicklung diejenige führende Stellung zu sichern vermögen, zu welcher es sich unter seinen bisherigen Leitern nicht aufzuschwingen vermochte, und deren Fehlen schon so oft und bitter empfunden worden ist als eine Folge des Brauchs oder Mißbrauchs, die Leitung des Reichsjustizamtes lediglich

als eine Sprosse in der juristisch-bureaucratischen Stufenleiter anzusehen. — Die Empfehlung des Herrn Ennecerus zum Reichsjustizminister dürfte in allen Kreisen außerhalb der Nationalliberalen mit gebührender Heiterkeit aufgenommen werden.

— Auf die einfache Verlängerung des Sozialistengesetzes scheinen nunmehr bereits die Nationalliberalen zurückgekommen zu sein. Die Nationalliberale Partei hebt hervor, daß die Partei keineswegs die Verpflichtung übernommen habe, die Initiative zu ergreifen zu einer unwichtigen Lösung der Gesetzgebungsfrage. Am allerwenigsten ist ihr eingefallen, sich für das Betreten des gemeinrechtlichen Bodens zu engagieren. Im Gegenteil haben ihre Reiter diese Frage als zweifelhaft behandelt und sich den Weg des Spezialgesetzes ausdrücklich vorbehalten. Man sieht also, daß übernommene Verpflichtungen nicht vorhanden sind. So ist es recht.

— Die Beratung des Rechenschafts-Berichtes über den Belagerungszustand ist auf Wunsch der sozialdemokratischen Abgeordneten bis nach den Ferien vertagt worden. So berichtet die Kartellpresse. Das oder wohl diejenigen Recht haben, welche der Meinung sind, daß die Mehrheitsparteien ein weit größeres Interesse an der Vertagung haben, weil sie einer Beratung des Rechenschaftsberichtes wegen ihrer unsicheren Position gegenüber dem Sozialistengesetz ausweichen wollten, beweist der Umstand, daß von verschiedenen Seiten die Frage der Fortdauer des Sozialistengesetzes jetzt einer Besprechung unterzogen wird. So hat ein national-liberaler Licht, der Mainzer Rechtsanwalt Fuld, eine Broschüre geschrieben, in welcher er die Frage der Einführung des Ausnahmegesetzes in das Allgemeine Recht spielend löst. Es sei erforderlich, daß nicht nur Der zu bestrafen sei, welcher „in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewaltthatigkeiten gegen einander öffentlich anreizt“, wie es in § 130 des Strafgesetzbuches heißt, sondern daß auch der agitatorischen Erzeugung feindseliger Gesinnungen innerhalb der Bevölkerung gegen den Staat mit Energie entgegengetreten werde. Auch müsse prinzipiell auf Gefängnis und nur event. auf Geldstrafe erkannt werden. Bezüglich der Angriffe auf die Gesellschaftsordnung will Dr. Fuld Ehe, Familie und Privateigentum gleichfalls unter den Schutz einer besonderen Strafbestimmung stellen. Dieselbe würde zu lauten haben: „Mit der gleichen Strafe (wie § 130 des Strafgesetzbuches sie androht) wird bedroht, wer öffentlich, in Aergernis erregender Weise die Einrichtungen der Ehe, des Privateigentums oder der Familie schmätzt oder beschimpft; wird die Beschimpfung in einer öffentlichen Versammlung begangen, so tritt Gefängnisstrafe nicht unter drei Monaten ein.“ Das sind, abgesehen von weiteren, die Ratschläge des Herrn Rechtsanwalts Dr. Fuld. Doch wir damit, hübsch und verb. aber deutlich gesagt, nicht nur seinen Mund vom Dsen locken, sondern vom Regen unter die Traufe kommen würden, ist auf den ersten Blick ersichtlich. Um nur auf Eines hinzuweisen: Wie denkt sich der gelehrte Herr die „agitatorische Erzeugung feindseliger Gesinnungen innerhalb der Gesellschaft gegen den Staat?“ Wenn diese — Summagedanten Gesetz würden, dann — nun dann gute Nacht!

— Ein Verein für volkstümliche Wahlen hat sich nunmehr auch in Stuttgart gebildet. Im nächsten Berliner Reichstagswahlkreise will man in gleicher Weise vorgehen.

— Konfiszirt wurde das erste Blatt der Berliner „Volkzeitung“ vom 16. d. M. wegen des Leitartikels „Mf“.

— Das Zentrumsmitglied Reichstags- und Landtagsabgeordneter Trimborn ist in Köln gestorben. Im Reichstage vertrat er den Kreis Crefeld.

— Der Stöcker soll demnächst, wie das „Berl. Tagebl.“ berichtet, seines Amtes als Dopfprediger entbunden werden. Wir glauben das natürlich nicht, weil der Stöcker sich immer so bewegt hat, daß er seines Amtes würdig war.

— Von der Redaktion des Hamburger-Altonaer „General-Anzeiger“ erhielt die Redaktion des „Berl. Volkbl.“ folgendes Schreiben: „Sie haben in Ihrer gestrigen Nummer die Mitteilung gebracht, daß ein früherer Geheimpolizist (Blaufarber) Wichmann als Reporter in unseren Diensten steht. Wir geben Ihnen dagegen davon Kenntnis, daß der Betreffende vor einiger Zeit allerdings als Altonaer Berichtshatter für uns thätig war und zwar nur probeweise auf einige Tage, daß wir ihn aber sofort entließen, als wir in Erfahrung brachten, daß er jemals mit der politischen Polizei in Verbindung gestanden hat. Wir rechnen auf Ihre Gerechtigkeitssinn, wenn wir hoffen, daß Sie Ihren Lesern von dieser Nichtigstellung Nachricht geben werden, da es uns durchaus nicht gleichgültig sein kann, einen Menschen von der unehrenhaften Gesinnung des Wichmann noch zu den Unserigen gezählt zu sehen. Hochachtungsvoll ergebent Redaktion des General-Anzeigers für Hamburg-Altona: Lippowitz.“

Das „Hamb. Echo“ bemerkt dazu: „Der „General-Anzeiger“ ist jedenfalls schlecht unterrichtet gewesen über seinen Reporter Wichmann, wenn die Redaktion jetzt erst dessen frühere Beziehungen zur Polizei erfahren hat. Wie wir aus sicherer Quelle wissen, ist die Entlassung Wichmann's die Folge eines energischen Protestes anderer Reporter des „General-Anzeiger“, welche die Redaktion vor die Alternative stellten, entweder Wichmann zu entlassen oder sich nach andern Berichterstattern umzusehen.“ — Nachdem der Etat des Reiches in dritter Lesung erledigt ist, liegt auch die endgültige Berech-

nung der Matrikularbeiträge vor, und die Einzelstaaten haben daher für ihre Etate die zahlenmäßige Grundlage, aus der sie die Höhe der ihnen schließlich zu Gute kommenden Ueberweisungen aus der Reichstasse ersehen können. Im Ganzen betragen sich für 1889/90 die Matrikularbeiträge auf 218 748 000 M., d. h. auf 627 000 M., weniger als für das Vorjahr. Davon kommen aus Preußen 128 288 000 M., auf Bayern 28 208 000 M., auf Sachsen 14 443 000 M., auf Württemberg 10 309 000 M., auf Baden 7 396 000 M., Hessen 4 344 765 M., Mecklenburg-Schwerin 2 611 000 M., Sachsen-Weimar 1 425 000 M., Oldenburg 1 555 000 M., Braunschweig 1 691 000 M., Anhalt 1 126 865 M., Hamburg 2 354 000 M., Elbisch-Lothringen 8 122 000 M. Alle übrigen Staaten bleiben mit ihren Beiträgen unter einer Million Mark. Am wenigsten zahlt Schaumburg-Lippe, nämlich 168 000 M.

— Zeitungsverbot. Auf Grund § 12 des Sozialistengesetzes vom 21. Oktober 1878 wider die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, wird von der Hamburger Polizeibehörde zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die Nr. 3 des zweiten Jahrgangs der periodischen Zeitschrift „Der Werftarbeiter“, verantwortlicher Redakteur Gustav Träger in Bahrenfeld, Verlag von J. Brodmann in Hamburg, Druck von J. S. W. Diez in Hamburg, nach § 11 des gedachten Gesetzes seitens der Landes-Polizeibehörde verboten worden ist.

Österreich

— Während von den sogenannten Patrioten in Deutschland der Sozialismus als eine „nationale Gefahr“ verleumdet wird, zeigt das Beispiel Österreichs, daß der Sozialismus weit richtiger als ein Stützpunkt des Deutschthums zu betrachten ist, wie denn überhaupt der vornehmste Träger des Sozialismus in aller Welt zur Zeit der Deutsche ist. Bekanntlich tobt in Oesterreich-Ungarn der Sprachenkampf und zwar vorwiegend in den sogenannten „gebildeten“ Kreisen, jedenfalls in denjenigen Kreisen der Slaven und Deutschen, welche Vermögen haben. Die sozialistische Arbeiterpartei Oesterreich-Ungarns dagegen veripult von dem Nationalitätenhader nichts, denn sie ist sich der Solidarität aller Menschen bewußt und sie weiß gleichfalls, daß die „germanische Rasse“ gegenüber der slavischen vorderhand noch eine höhere Stufe der Kultur einnimmt, und weil die deutschen Sozialisten aus ihrer größeren Wissensfülle nicht das „Recht“ herleiten, den Slaven hochmüthig zu behandeln, sondern ihre Aufgabe vielmehr darin erblicken, ihn über das Bessere aufzuklären, ihn zu überzeugen von dem Nutzen einer höheren Kultur, so unterordnen sich die slavischen Sozialisten, und speziell die sonst so verachteten Tschechen, auch gern und ohne Bözern der deutschen Führung. So ist — wie das „Berl. Volkbl.“ schreibt — der Sozialismus in Oesterreich-Ungarn thätiglich ein Banner für deutsche Sprache und deutsches Wissen geworden. „Während in den oberen Regionen des Reiches Adel, Geistlichkeit, Großbürgertum, Gelehrtentum, mit allen Mitteln der Intrigue und Bestechlichkeit sich Kenner, Würden und Einkünfte unter einander streitig machen, vollzieht sich in den unteren Schichten des Volkes, im arbeitenden Stande, eine tiefgehende geistige Bewegung, der thätiglich doch auch der materielle Erfolg werden muß.“ So wird sich die alte Schmar am Jungbrunnen der Arbeiterbewegung wieder aufrichten — bedarf es eines weiteren Beweises dafür, daß die Arbeiterbewegung der Welt ist, auf welchen sich die europäische Kultur retten wird? Nein, und wenn solche Zeichen nicht genug sind, der möge an den Volksspruch denken, welcher besagt, daß die Wölfer unter sich einig sind, und daß die Trennung der Völker, die Kriege und alle sonstigen vermeidbaren Weltübel nur verursacht werden durch die Intriguen, durch die Herrschsucht, durch den Egoismus der „höheren Gesellschaft.“

Station.

— Die Mailänder Friedensfreunde fordern mit einem Briefe Criqui auf, irgendetwas die gegen sie erhobene thörichte Anklage zu rechtfertigen, indem sie ihrerseits Criqui bezichtigen, die Unruhen zu Angriffen auf das Versammlungrecht und zur Beleidigung des patriotischen Gefühls kräftigst zu haben.

Socials.

— Auf der bayrischen Röhren sind infolge der unzureichenden Ernährung die Lungenschwindsucht, der Magenkrebs, der Schnapssturz fortwährend im Zunehmen. In vielen Familien ist nach amtlichen Mittheilungen des Bezirksarztes Dr. Imhof in Brückenau das Mittagessen „eine Schüssel Kartoffeln und eine Maas Branntwein (verdünnter Spirit).“ Im allgemeinen ist der Speisetisch des Röhners folgendermaßen zusammengesetzt: „Sonntags: Erbsen, Kraut und Klöße (halb aus gekochten, halb aus rohen Kartoffeln ohne Wed)“, an den Wochentagen: Erbsen, Getreide, Milch, Brot, Reisuppe mit etwas Fett geschmält, dazu Kartoffeln und Brot oder Kartoffelkuchen (aus Gerstemehl, getriebenen Kartoffeln und Hefe bereitet) oder Kuchen (ohne Eier und Milch gebacken) mit Kaffee, d. h. Löwentaffee (einem Surrogat). Fleisch wird das ganze Jahr nicht gekocht. Zur Erfrischung wird hier und da rohes Sauerkraut verzehrt.“ So zu lesen im „Generalbericht über die bayerische Sanitätsverwaltung“, Jahrgang 1880, Seite 93.

— Die Mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Augsburg zählt für das Jahr 1888 wie im Vorjahre 180 Mrk per Aktie, d. h. 10¹/₂ pCt. Dividende. Der Reingewinn, schreibt die „Allgemeine Zeitung“ in ihrem Handelsstil, weist mit 656 826 M. 44 Pf. etwas über 24 pCt. des Aktienkapitals aus, und

solten hiervon 200 000 M. zu Abschreibungen verwendet, 100 000 auf Dividenden-Reserve verbracht, 30 000 M. für Arbeitermerse ausgeworfen und 46,626 Mark 44 Pf. der Spezialreserve überwiesen werden. Der betrübende Revers dieser glänzenden Medaille ist die jammervolle Lage der Augsburger Textilarbeiter. Von früh 6 Uhr bis Abends 7 Uhr wird geschafft, abgesehen natürlich von den jährlichen Ueberstunden. Die Beschäftigung ist eine sehr gesundheitsgefährliche, da sie eine reichlich fließende Quelle von Staubinhalations-Krankheiten, vor allem der Lunge ist. Der Lohn beträgt wöchentlich 8, sage und schreibe acht Mark im Durchschnitt. Die Baumwollweber Augsburgs im sechszehnten Jahrhundert waren (schlächterliche) urfrüchtige Gestalten, das ist im Jahre 1513 infolge der Kriege in Italien und den Niederlanden die Baumwollpreise sehr stiegen und die Geschäfte schlecht gingen, bei den Landtsachen Dienste nahmen. Heute zählt die Augsburger Textilarbeiterschaft zu den physisch herabgekommensten Arbeiterkategorien, wie ein Blick in die Ergebnisse des bayerischen Ertragszählens sofort zeigen kann. Eine lächerliche Farce wird in den geradezu kolossalen Geminnen der Aktionäre und der gewaltigen Verzinsung des eingeleiteten Kapitals die 30 000 M. für „Arbeitermerse“. Erstens ist die Summe sehr gering, und zweitens bleibt sie in den Armbands der Fabrik und ist der freien Verfügung der Arbeiter durchaus entzogen. Aber der Humbug des Humantums wird eben mitgemacht. Die 10¹/₂ pCt. Dividende, das ist der Kasus, der die Herren lachen macht vor Freude.

Wie eine Pariser Vallérine lebt.

Nach dem Französischen.

„Lina! Lina! Wäst Du aufstehen?“ Ein langgezogenes Gähnen wird im Alkoven hörbar. Ein Arm erhebt sich aus dem Bette, verlängert sich, dann sinkt er schwerfällig zurück. Madame Chenn klopft einige Male mit ihrem Besen auf das Bette. „Lina! . . . Es ist sechs Uhr. . . Lina!“ Diesmal hatte Eveline gehört. Sie steigt aus dem Bette und bleibt in der Mitte der Portierloge stehen. Sie ist noch von gestern geschminkt und indem sie sich die Augen reibt, verwischt sie die Tuschkreise auf denleißen. „Nun! Das ist schön!“ ruft Madame Chenn aus. „Ich frage Dich, ob Du Dir gestern Abend nicht das Gesicht rein machen tonntest?“ „Ich habe keine Gold-Cream mehr gehabt.“ Madame Chenn wüthet. „Du hast kein Gold-Cream mehr gehabt! Ich habe Dir vorgehern eine Unze gekauft. Was hast Du damit angefangen? Doch nicht vergeffen!“ „Ich habe Marie Bourgard davon geliehen.“ „Warum hast Du ihr nicht gleich auch Deinen Unterrod gegeben?“ „Sie gab mir Seife.“ „Was kostet sie die Seife? Ihre Eltern sind Seifenfabrier.“ „Endlich habe ich . . .“ „Endlich wirst Du immer Dummheiten begehen.“ „Aber, Mama.“ „Vorwärts, keine Geschichten! . . . An die Arbeit.“ Eveline tritt aus der Portierloge, den Besen mit sich schleppend, den ihr die Mutter in die Hand gab. Sie kehrt den Hof, geht zum Brunnen, schöpft zwei Eimer Wasser und hilft die Stiege aufzuwaschen. Während dieser Zeit ist Herr Chenn aufgefunden und hat Milch gekocht, Feuer angemacht, die Milch angewärmt, den Kaffee vorbereitet und nun ruft er seine Frau. Madame Chenn kommt, begleitet von Eveline, die Stiege herunter. Sie nimmt eine der Kaffeeschalen und setzt sich mit ihrem Gatten zu Tisch, während Eveline, auf einem wiedereren Stuhle sitzend, den Kaffeetopf zwischen den Knien, ein großes Stück Brot in denselben taucht. „Sieh! da! . . . noch ein Attentat!“ „Wo denn?“ fragt Madame Chenn. „In der Rue de Vuella . . . Eine Frau, welche man ermordet in der Küche fand . . . Offenbar ein Pendant zum Morde in Passage Soulier!“ Eveline hatte sich genädert, ihr Haar flechtend. Madame Chenn bemerkt sie und giebt ihr einen Stoß. „D, Mama!“ „Was . . . D, Mama? Schämst Du Dich nicht, noch zu dieser Stunde hier zu sein . . . Deine Aktion!“ „Ich werde mich nicht veripäten.“ „Fort, oder ich will Dir helfen!“ Ein Innwunder tritt in die Portierloge. Wie, Madame Chenn, Sie zanten sich mit Ihrem Fräulein?“ „Sprechen Sie nicht von der, man muß immer hinter ihr her sein; ist das nicht niederträchtig? Ein Mädchen, welches bald vierzehn Jahre alt ist!“ „Schon? Wie das wächst!“ „Das wächst und schlägt aus.“ „Und die Oper? Sind Sie zufrieden?“ „Aufrieden, zufrieden. . . es ist nicht zu viel . . . sie ist ja schon fünf Jahre beim Ballet.“ „Fünf Jahre!“ „Ja, sie ist mit achteinhalb Jahren eingetreten . . . und ist noch immer nur in der ersten Quadrille . . . als ob sie nicht schon eine Acorphyä sein könnte!“ „Wie ist das möglich?“ „Weil es Ungerechtigkeiten giebt. . . Protection ist Alles . . . und man heist das in einer Republik leben!“ Hier unterbricht sie eine ernste Stimme, es ist die ihres Gatten. Madame Chenn dreht sich lebhaft um. „Nun! Was denn? . . . Ist das nicht wahr, was ich sage?“ Herr Chenn zieht die Augenbrauen zusammen.

96 Zur Confirmation

empfehle
schwarze Cachemires
und moderne
farb. Kleiderzeuge
nebst Besätzen.

Confirmanden-Anzüge
nach Maß.
Wilh. Blau,
Neubremen.

Wegen Aufgabe meines
50 Pf.-Bazars
werden sämmtliche noch vor-
rätigen Gegenstände zu und
unter Einkaufspreisen ver-
kauft.

Albert Werner.

Zweites Erscheinen in zweiter Auflage:
**Die Stellung des Reiches
zur sozialdemokratischen Partei.**
Schriften eines nationalliberalen
Reichstagsmitgliedes
an den ehemaligen Redacteur der unter-
den „Hamburger Rundschau“ und Aus-
sicht des „Reichers“.
(Verlag von Hermann Gröning,
Hamburg.)
Zweite Auflage. In Umschlag elegant
gebunden 30 Pf.
Die unheilvolle Fission zwischen den
sozial-reformatorischen Bestrebungen der
Reichsregierung und denen des deutschen
Volkes wird eingehend besprochen und der
Weg gezeigt, wie dieser verberblichen Späl-
tung Einhalt gethan werden kann. Die
vor 100 Jahren der dritte Stand sich nur
bedehlt gewaltsam aus den Fesseln des
edlen Adels und seines Anhangs befreien
musste, weil man zu blind und matt war,
um ihm mit Freuden zu gewähren, was
die geschichtliche Tagesordnung ihm als
gutes Recht zuwies, so ist es jetzt an der
Zeit, dem vortien Stande, der Hauptstütze
des Staates, freiwillig und geschmacklos
das ihm gebührende Recht einzuräumen.
Zu beziehen durch die
Expd. des „Nordd. Volksbl.“

Gifffreie Farben
für den Hausgebrauch

zum Auffärben und Aufbärben von Kleidern
und Möbelstoffen, Mützen, Bändern etc.
empfehle in reicher Auswahl zu billigen
Preisen

Rich. Lehmann,
Wilhelmshaven und Bant.

**Ein Posten
Parchend-Hemde**
traf soeben ein.

Für Jünglinge Stück 70, 80, 90 Pf.,
1 und 1,10 M.
Für Männer Stück 0,80, 1,00, 1,25,
1,50, 1,75, 2,00, 2,25 und 2,50 M.

Aus gutem Stoff und gut genäht.
H. F. Peper,
Bismarckstr. 6. Bismarckstr. 6.

Sauerkohl
per Pfund 8 Pf., 3 Pfund 20 Pf.,
Seife, grüne
pr. Pfd. 17 Pf.

Kernseife
per Pfund 20 Pf., bei Mehrabnahme billiger,
Soda
5 Pfund 25 Pf.

C. Heilemann,
Neubremen.

Meine
Bier-Wirthschaft
halte einem geehrten Publikum bestens empfohlen.
Führe nur gut gepflegte Biere.
Auch empfehle einem geehrten Publikum einen kräftigen bürgerlichen
Mittagstisch.
G. Heilemann, Neubremen.

Cigarren
schön abgelagert und sehr preiswerth en gros & en detail empfiehlt
S. H. Meyer,
Bismarckstr. 63, Neustr. 8, Moonstr. 63, Wallstr. 24.

Empfehle mein reich assortirtes Lager von reingehaltenen deutschen,
französischen, spanischen und portugiesischen

WEINEN.

Gute Qualitäten in Rum, Arrac und Cognac. Ich em-
pfehle ferner vorzügliche Liqueure und Branntweine, besonders
empfehle ich einen reinen ungetauften

Kornbranntwein,
als Richtenberger Doppelkorn, Doornkaat, 1863er
Alter Korn, Steinhäger etc.

Paul Hug, „Zur Arche“.

Die
Buchdruckerei von F. Kühn
Bant-Wilhelmshaven, Adolphstrasse
empfehle sich zur
Anfertigung von Druckerarbeiten jeder Art
als:
Rechnungen, Adresskarten, Preis-Courants,
Quittungen, Visitenkarten, Statuten,
Formulare, Einladungskarten, Programme,
Tabellen, Mitgliedskarten, Festzeitungen,
Cirkulare, Couverts, Placate,
Etiquettes, Briefbogen. u. s. w.
Gute und geschmackvolle Ausführung bei angemessenen Preisen.

Wir empfehlen unser sehr feines
helles Lager-Bier
in Flaschen 33 Stück für 5 Mark, in Fässern von 10—100 Liter
21 Mark frei in's Haus,
24 Flaschen Kaiserbräu 3 M., per Liter 25 Pf.
Brauerei Friis, Filiale Wilhelmshaven.

Unentbehrlicher Briefsteller
für den
deutschen Handwerkerstand
und alle Gewerbetreibende.
Enthält sämmtliche vorkommende Schrift-
stücke, Titulaturen, und Auskunft über alles,
was der Handwerker von der Gewerbe-
ordnung, dem Handelsgelehrbuch und dem
Wechselrecht kennen muß. Nebst Perto-
Laxe, Gebühren-Tarif für Telegramme, Ge-
wichte Maße etc. von Wilh. Crempenan.
216 Seiten hart.
Elegant broschirt Preis 1 M. 50 Pf.
Zu beziehen durch die Carl'sche Buch-
handlung, Wilhelmshaven, Bismarckstr. 6.

Empfehle:
Naß- und Flaschen-Bier
aus der
Dampfbrauerei von Th. Jettöter
in Jever,
in Gebinden von 15 bis 100 Litern.
Feines Lagerbier 33 Fl. 3 M.,
Bayrisches Gebräu 27 Fl. 3 M.,
Feines böhmische Gebräu 30 Fl.
3 Mark.
Wiederverkäufer erhalten Rabatt.
J. Fangmann, Bismarckstr. 59,
1 Zrepe.

Ge sucht
ein Sohn rechtlicher Eltern als
Lehrling
für mein Schuhwaaren-Geschäft
J. G. Gehrels.

Zu vermieten
eine Wohnung in Bant zum 1. Mai.
Preis 135 Mark.
Gustav Junge, Weststr. 21.

Eine Bäckerei
in bester Lage Wilhelmshavens ist zum 1.
Mai d. J. zu vermieten. Zum Be-
triebe derselben ist das vollständige Inventar
vorhanden.
Wo? ist zu erfahren in der Expd. des
„Nordd. Volksbl.“

ff. Thee
(schwarzer Souchong)
per Pfund 1,60, 2, 2,40 und 3 Mark,
sowie
do. hochfein in Packeten
pr. Pfd. 3,20 u. 5 M.
Ferner:

ff. Chocolate und Cacao
in Büchsen und lose
hält bestens empfohlen
E. Gottwald.

Ammerländ. Speck
sowie
Roch-Mettwurst
pr. Pfd. 70 Pf. zu haben bei
E. Gottwald.

Große Auswahl in
Särgen
sowie in
Leichenbelleidungs-Gegenständen
hält stets vorrätig
H. D. Hayungs,
Berf. Götterstraße.

Pflaumen
pr. Pfd. 12, 16, 25 Pf.,
Ammerländischen Speck
pr. Pfd. 70 Pf.,
Kochmettwurst
pr. Pfd. 70 Pf.,
Blod-Wurst
per Pfund 1 M., bei Abnahme größerer
Quantitäten billiger
empfehle
C. Heilemann,
Neubremen.

Cigarren-Import.
Lager in
Kau- und
Schmucktabak
Wein-Handlung.
u. s. w.



Albert Werner.
Bringe mein Lager in
**Möbeln, Spiegeln und
Polsterwaaren**
in gütige Erinnerung.
H. D. Hayungs,
Berf. Götterstraße.

Gedaartes Gemüse
empfehle
Joh. Freese.
Täglich frische Milch.
Neubremen, Bremerstr. 4.

Die erste große Sendung
**Damen- & Mädchen-
Regen-Mäntel**
in neuen Facons, guten Stoffen, sowie in
solider eleganter Ausführung ist eingetroffen.
B. H. Bührmann,
Konfektions-Geschäft,
Wilhelmshaven.

Ein kleiner, fast neuer
Kochofen
ist sehr billig zu verkaufen.
Bant, Oldenburgerstr. 16a.

Schulacht Neubremen.
Mittwoch, 20. d. M., Nachmittags
von 2 bis 8 Uhr:
Sebung d. Schulumlage
vom Nachtrag pro 1888/89
in meiner Wohnung, Grenzstraße Nr. 47.
Der Rechnungsführer.